

Eine Polemik für den Osten



Andreas Bialas, MdL,
Kulturpolitischer
Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion NRW,
Düsseldorf

Wer heute auf Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schaut, blickt oftmals in östliche Richtung. Das Thema führt schnell in die neuen, scheinbar noch nicht in der Demokratie so sattelfesten Bundesländer. Im Jahre Dreißig der Wiedervereinigung sind daher einige Punkte zu bemerken. Ich bin bei diesem Thema übrigens der Prototyp der sich öffentlich Äußeren. Ich bin Wessi, habe keine Ahnung vom Osten und hatte jahrzehntelang schlicht auch überhaupt kein Interesse am Osten. Ich war sechs Jahre, als meine Eltern mit mir aus Sachsen »übergemacht haben«. Ich weiß von dieser Zeit in der DDR so gut wie nichts mehr. Später habe ich die neuen Bundesländer kaum besucht.

Aber ich erinnere mich an Folgendes. Meine Eltern hatten über Jahre einen Ausreiseantrag in der DDR gestellt. Diese Jahre und die teils traumatischen Erfahrungen führten zu einer tiefen Verbitterung, insbesondere bei meinem Vater, und dem Drang, diese Erlebnisse irgendwie loszuwerden. So saßen meine Eltern im Westen auf der Couch und redeten ständig über die Verletzungen im Osten, wiederkäuten, tranken Bier und weinten. Mein Bild vom Osten war dann glasklar: Ein »Etwas«, später wurde hierfür »verbrecherischer DDR Staat« eingefügt, welches meinen Eltern viel Leid antat und mir zweifelsohne angetan hätte. Der Westen war der Ort der Nichtverletzung. Hier war alles möglich, alles in Ordnung. Und, wenn der Osten so würde wie der Westen, dann wäre alles gut. Moralisch und wirtschaftlich.

Früh gelernt und ein von vielen Politikern aufgegriffenes Deutungsmuster. Westen gut – Osten schlecht. Selbst nachdem der Westen ab 1989 mit turbokapitalistischen, neoliberalen und gleichsam verachtenswerten Stürmen über den Osten peitschte, wurde dieses Muster, wer Gut und wer Böse sei, nie ernsthaft in Frage gestellt. Wer sich nicht nachdrücklich und am besten umfänglich von allem Vergangenen im Osten distanzierte, wurde schnell verdächtigt, das verbrecherische

Handeln einer mächtigen Politclique und ihren Versuch, das Volk zu kontrollieren und bei Abweichung zu sanktionieren, gutzuheißen und sich zurück zu wünschen. Wer Kritik am Westen übte oder auf die noch nicht so richtig in voller Blüte stehenden Landschaften hinwies, wurde schnell beschimpft, einem menschenverachtenden und nun endlich überwundenen Kommunismus die Stange zu halten.

Übrigens: Auch wer ganz aktuell über Verteilungsgerechtigkeit redet, wird binnen kürzester Zeit fast reflexhaft mit dem Vorwurf konfrontiert, er wolle die DDR wiedererrichten, und gleichzeitig wird moralinsauer gefragt, ob denn so rein gar nichts aus der Geschichte gelernt wurde. Und der hirnlose und vorrangig im Westen armselig gefeierte Fetisch, wem wie leicht das Wort »Unrechtsstaat« über die Lippen kommt, wird zum Lackmustest der Demokratietauglichkeit stilisiert. Der Westen war und ist per se gut, hatte recht, musste recht haben, weil sich ja schließlich das wirtschaftliche System durchgesetzt hat. Und aus der wirtschaftlich überlegenen Stärke ergab sich fließend auch die moralische Überlegenheit des Wertesystems.

Mit DDR-Bashing lässt sich trefflich politisieren, bzw. schlimmer noch, es trägt zur Entpolitisierung dringender Fragen bei. Sogar jetzt, in einer Zeit von Globalisierung, Klimaschutz und Digitalisierung, also in einer Zeit mit einem ungeheuren Veränderungspotential und Veränderungsdruck, wird ernsthaft versucht, die Frage nach der gerechten Verteilung der Güter und Chancen unter Hinweis auf die überwundene Ostzone auszuklammern, obwohl gerade die Frage der gerechten Verteilung existentiell für die gesicherte Überlebensfähigkeit unserer derzeitigen Gesellschaft ist. Der Staat wird immer schnell als sozialistisch gebrandmarkt, wenn er sozial umverteilend reguliert. Weniger gefährlich ist er scheinbar, wenn er mit Steuern dafür geradesteht, was bei Zockern und Gewinnlern schiefliegt.

Der Teepott in Warnemünde. Der dreigeschossige Rundbau wurde 1968 errichtet und ist ein prominentes Beispiel für die Hyposchalenarchitektur in der vormaligen DDR. Foto: Franz Kröger



Daher muss deutlicher werden: Wer heute fordert, dass die sozialen Verhältnisse weiter zu entsichern seien, ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk und eine freie Presselandschaft verzichtbar seien, wer heute immer noch der umfangreichen staatlichen Daseinsvorsorge und ihrer Infrastruktur den Wert abspricht, der hat etwas im Sinne. Und meist instrumentalisiert, diffamiert und stigmatisiert derjenige eine scheinbar nach links driftende Diskursrichtung, um eigene Motive zu verschleiern. Denn wer den Staat und seine ihn repräsentierenden Einrichtungen in weiten Flächen schleift, wer den Abbau und die Schließung von Arbeitsplätzen, Freizeitangeboten, Arztpraxen, Nahverkehr, Krankenhäusern, Schulen und Kitas, von Gemeindehäusern und Kirchen, von Theatern, Bibliotheken, Treffpunkten der Gemeinschaft und vielem mehr ... zulässt, hinterlässt braune Böden, auf denen gesäter Hass besten Nährboden finden kann. Der zurückgezogene Staat mit seinen nicht mehr sichtbaren Institutionen, das zurückgegangene und nicht mehr finanzierte gesellschaftliche Engagement, der Verzicht auf identitätsstiftende Angebote und Verortungen führten vielerorts zu verbrannter Erde, aus deren Schlacke sich europaweit der Nationalismus erhebt. Es sind die Thatcher-Regionen, die uns Angst machen müssen.

Eines ist ganz klar. Rassismus ist nie zu rechtfertigen. Wer Rassist ist, trägt dafür die volle Verantwortung und muss für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen werden. Man kann unzufrieden

sein, man kann mit der Politik und mit Parteien hadern, alles in Ordnung, aber es gibt keinen Automatismus und keine Entschuldigung, sich daher dem Hass hinzugeben und diesen gegen andere zu wenden.

Wer also einen schwachen Staat fordert, wer notwendige Daseinsvorsorge dem freien Spiel des Marktes überantworten möchte und damit meist de facto abschafft, wer freie und/oder öffentlich-rechtliche Presse beseitigen möchte, wer den Gedanken einer solidarischen Gesellschaft aufgibt und neoliberal zündelt und wer den Respekt gegenüber den Anderen aufkündigt, der nährt das Potential der Extremisten und Populisten.

In den neuen Bundesländern war die Systemfrage 1989 geklärt, es gab einen Sieger, und der durfte nun heiliggesprochen feiern und sich wirtschaftlich ungebremst austoben. Wer bei allem auf der Strecke blieb, das waren die, in deren Namen man vermeintlich stritt, die Bürgerinnen und Bürger des Ostens. Der Aufbau Ost war auch und in großen Teilen ein wirtschaftliches und moralisches Aufbauprogramm West. Der Soli fand seinen Weg sehr schnell zurück in den Westen. Eine dauerhaft auf Zukunftsbranchen und nachhaltige Arbeitsplatzsicherung setzende Arbeitsmarktpolitik hat es schlicht nicht dauerhaft und erfolgreich gegeben. Viele gerade junge Menschen haben trotz DM die Regionen, besonders die ländlichen, verlassen.

Wie viele Firmen wurden verscherbelt, unter Konkurrenz-Gesichtspunkten geschlossen, wie viele Menschen waren plötzlich arbeitslos, wie viele mussten erkennen, dass ihre Produktion, ihre Arbeitskraft plötzlich nichts mehr zählte und unnütz war? Wie viele Möglichkeiten der Gewinnung von Selbstwert gab es noch auf dem Arbeitsmarkt im Osten, jenseits der boomenden Städte? Der Osten war dem Turbokapitalismus, dem schnellen Geld von Abenteurern und Betrügern ausgeliefert, die ihn zu einem Kampfplatz, einem Experimentierfeld und Labor des Neoliberalismus gestalteten. Den bürokratischen Aufbau machte man häufig genug mit Westlern, die für ihr Engagement im Osten noch zusätzlich mit »Buschgeld« vergütet wurden. Auch daraus ließ sich eher wenig Wertgefühl generieren. Ja, und man ist auch reingefallen. Hat geglaubt und gehofft. Von den blühenden Landschaften geträumt, zumindest von dem kleinen eigenen Glück und dessen Sicherung. Auch das gehört vielleicht zur Verbitterung dazu: Man leidet heute möglicherweise auch noch an der eigenen Naivität. Man kann sich vielleicht immer noch nicht eingestehen, auch eigene Fehler gemacht zu haben, einiges nicht verstanden zu haben, an der falschen Stelle falsch gehofft und falsch investiert zu haben. Aber es geht nicht um Schuld und Selbstvorwürfe, sondern um Verstehen des Gewordenseins.

Daher einige Punkte:

- Wir im Westen sind nicht die Lehrmeister für die Menschen im Osten. Das Verhältnis von Ost und West darf nicht ein erzieherisches sein. Asymmetrische, von einem Gefälle gekennzeichnete Kommunikationsformen weisen bereits in den Strukturelementen nichts partnerschaftliches auf.
- Wir brauchen einen starken Staat und keinen Sparstaat. Einen Staat, der nicht bevormundet, sondern ermöglicht. Der nicht unangemessen kontrolliert und begrenzt, sondern Chancen zur Verwirklichung einer eigenen positiven und gesicherten Biographie aufzeigt und der freie Begegnung und Austausch von Menschen ermöglicht. Einen Staat, der einerseits das Zusammenleben ordnet und andererseits Raum zur Entfaltung einer freien und selbstgewählten Biographie gibt.
- Wir müssen alle immer dann widersprechen, wenn Menschen zynisch werden, Wirtschaft asozial und Denkhaltungen menschenverachtend. Wir müssen hörbar für unsere Werte einer freien, toleranten, sozialen und gerechten Gesellschaft streiten. Wer Misstrauen fördert, verteidigt nicht die Freiheit. Wer zu Hass anstachelt und zu Morden inspiriert, verbreitet nicht die abendländischen Werte. Wer den Respekt vor der Würde des anderen einbüßte, der hat den Boden des Christentums verlassen.
- Sich zu zeigen, zu sprechen, Stimme zu nehmen und zu haben, Stimme zurückerobert ist unverzichtbar für den Aufbau und den Erhalt der eigenen Würde und Freiheit. Dabei geht es nicht darum, »endlich mal alles sagen zu können«. Es geht hier im Konkreten darum, dass durch ein verklärtes und dominantes Westnarrativ der Wiedervereinigung niemand länger zum Verstummen gebracht werden darf. Das heißt auch, dass wir Wessis einmal die Klappe halten sollten und zuhören lernen müssen. Kaum etwas ist stärker als der unmittelbare Dialog und das persönliche Zuhören.
- Wir müssen Respekt vor den Schmerzen von Menschen aufbringen. Beschleunigte Veränderungsprozesse sind Zeiten, in denen Gefühle eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Ängste, Hoffnungslosigkeit, Wut, Hilflosigkeit, Überforderung, Trauer. Es darf auch nicht das Gefühl vorherrschen, dass man aufgrund massiv veränderter Anforderungsprofile und geforderter Flexibilität im eigenen Land fremd und heimatlos geworden ist. Man muss auch Verlorenes vermissen dürfen und die Gewissheit haben, auf dem Weg ins unbekannte Neue nicht verloren zu gehen oder allein zu sein.
- Wir müssen klarmachen, dass wir, trotz allem, zu einem der besten Zeiten jemals an einem der besten Orte weltweit leben und wir für uns und unseren Kindern diese Errungenschaft nicht leichtfertig kaputt machen lassen dürfen. Wir sind nicht naiv und blind und nehmen selbstverständlich Ungerechtigkeiten und Verwerfungen wahr. Nur ist es genauso wichtig, das Lobenswerte zu sehen und zu benennen.
- Wir müssen endlich den enormen Leistungen der Menschen im Osten ohne Wenn und Aber Respekt zollen. Wir müssen aufhören zu glauben, dass die Wiedervereinigung ein reiner Zugewinn an Glückseligkeit und Freiheit und Wohlstand war. Gerade in den letzten dreißig Jahren waren Menschen im Osten diejenigen in unserem Land, die am meisten während der Umbau- und Aufbauphase zu leisten hatten, die am meisten zu erdulden hatten und von denen am meisten gefordert war. Die den weitesten und steinigsten Weg gingen und die wir häufig genug allein ließen, beschimpften, belächelten, denen wir den Respekt versagten und deren Lebensleistung wir allzu schnell als wertlos, als verloren und vertan brandmarkten.

Es ist höchste Zeit: Wir alle zusammen in Ost und West, wir alle zusammen in Deutschland danken den Menschen im Osten für ihre enormen Anstrengungen. Ich kann nur für mich sprechen: Ich möchte mich entschuldigen für meine Ignoranz, meine Besserwisserei, ja und vor allem für mein Desinteresse. ■